

Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft

In der derzeitigen Krise stellen sich viele grundsätzliche gesellschaftliche Fragen ganz neu. Wir erleben, dass Pflegekräfte und Ärzt*innen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, aber auch Mitarbeiter*innen im Einzelhandel oder in der Logistik überlebenswichtig für uns alle und die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft sind. Wir erleben, dass die weltweiten Lieferketten nicht mehr funktionieren und einfache Dinge wie Schutzmasken zum knappen, weltweit umkämpften Gut geworden sind. Gleichzeitig sind die neuen Held*innen des Alltags an den Supermarktkassen und Krankbetten oder andere benachteiligte Gruppen besonders durch die Corona-Krise betroffen.

In dieser Situation kann es aus Sicht des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) keine einfachen Konjunktur-Programme nach dem Motto „die alte, rauchende Maschine wieder anschmeißen“ geben. Die Maßnahmen, die den Weg aus der wirtschaftlichen Krise ermöglichen sollen, müssen akut wirken und gleichzeitig zukunftsfähig sein. Das heißt konkret, dass sie unsere Nachhaltigkeitsziele und Maßnahmen gegen Klimawandel und Artensterben nicht konterkarieren dürfen, sondern die Lösung dieser umfassenderen Krisen unterstützen sollten.

Angesichts bestehender sozialer Ungerechtigkeiten schlagen wir gerechte und ökologische Wege aus der Krise vor, die den besonders Betroffenen, die mit Existenzängsten zu Hause sitzen und den Menschen in systemrelevanten Berufen zugutekommen.

Daher ist dieses Programm ein Debattenbeitrag zu Wegen aus der Krise, den wir mit Gewerkschaften, Sozial- und Verbraucherverbänden, Bäuerinnen und Bauern und natürlich den demokratischen Parteien weiter entwickeln möchten. Wir sind uns sicher: Stabile Wege aus der Krise und einen erfolgreichen Umgang mit Klimakrise und Artensterben wird es nur mit einem gesellschaftlichen Aufbruch geben, bei dem wir soziale und ökologische Fragen gemeinsam lösen. Wir sind uns sicher, dass wir dabei die Unterstützung vieler Menschen in Deutschland haben. So hat die Bertelsmann Stiftung in einer Umfrage ermittelt, dass 90 Prozent der Deutschen eine neue Wirtschaftsordnung befürworten, bei der ökologische Fragen mit sozialen Belangen zusammengedacht werden. Dafür suchen wir Bündnispartner in der gesamten Gesellschaft.

Zusammenfassung: Was in der Krise passieren muss

1. Krisenmanagement hat oberste Priorität

Die Verhinderung der Ausbreitung der Pandemie und die Versorgung der Betroffenen haben im Moment die höchste Priorität. Zusätzlich sollten auch langfristige Investitionen in mehr Personal und bessere Bedingungen und Bezahlung im Gesundheitssystem als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge vorangebracht werden. **Der Gesundheits- und Pflegebereich sind Teil der sozial-ökologischen Versorgungsinfrastruktur unserer Gesellschaft. Die Krise zeigt jedoch, dass eine Orientierung am Gemeinwohl durch die aktuelle Profitorientierung im Gesundheitssystem unterlaufen wird.** Eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft muss deshalb die Aufwertung von sogenannter Care-Arbeit als zentralen Punkt beinhalten. Nur so kann eine umweltverträgliche Wirtschaft und Gesellschaft geschaffen werden, die sich am Gemeinwohl orientiert.

2. Wirtschaftsstabilisierung und Transformation verbinden

Wirtschaftskrisenmanagement muss mit Nachhaltigkeits- und Transformationspolitik verbunden werden. Das bedeutet erstens, dass **die Krise nicht zu einer Rücknahme von klima- und umweltpolitischen Maßnahmen führen darf.** Dies betrifft beispielsweise die im Green Deal angekündigte Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Pkw auf europäischer Ebene. Zweitens bedeutet es, dass insbesondere große Unternehmen, die von staatlichen Wirtschaftsstabilisierungsprogrammen profitieren, **strenge Nachhaltigkeitskriterien einhalten müssen, zum Beispiel eine schrittweise Klimaneutralität des Unternehmens, die kompatibel mit dem 1,5-Grad-Ziel ist.** Bei den Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft in der Krise sollte flexibel reagiert und Maßnahmen kontinuierlich angepasst werden. Perspektivisch braucht es neben der **Beendigung von klima- und umweltschädlichen Subventionen ein grünes Investitionsprogramm für eine Energie-, Verkehrs- und Agrarwende.** Hier und in anderen klima- und umweltfreundlichen Branchen können viele neue und gute Arbeitsplätze geschaffen werden.

3. Öffentliche Daseinsvorsorge stärken

Die wirtschaftliche Resilienz für den Umgang mit zukünftigen Krisen muss gestärkt werden. Wir müssen deshalb zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen, die uns allen den Weg in eine grüne und krisensichere Zukunft ermöglichen. **Als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen dezentrale sozial-ökologische Versorgungsinfrastrukturen entstehen,** die ein gutes Leben für alle Menschen ermöglichen und deshalb jenseits von Gewinnorientierung bereitgestellt werden müssen. Zur sozial-ökologischen Versorgungsinfrastruktur gehören die gesundheitliche Versorgung und Bildung ebenso wie beispielsweise Biotopverbunde als Klimafolgenanpassung.

4. Regionalisierung voranbringen

Regionale und dezentrale Versorgungsstrukturen wie zum Beispiel im Bereich der Energie und Landwirtschaft sind nicht nur klima- und umweltfreundlicher, sondern auch resilienter gegenüber Schocks wie Finanzkrisen, Naturkatastrophen und Pandemien. **Perspektivisch braucht es eine Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen statt Handel mit klimaschädlichen Gütern um jeden Preis.** Statt komplexer globaler Lieferketten, die von großen Unternehmen dazu genutzt werden, Preise zu drücken und Umweltstandards zu unterlaufen, um dann in Krisenzeiten ihre Lieferanten fallen zu lassen, braucht es dauerhafte und direkte Lieferbeziehungen, angemessene Preise und auch in Krisenzeiten einen fairen Umgang innerhalb von Lieferketten. Wir müssen perspektivisch eine weltoffene Lokalisierung der Wirtschaftsstrukturen vorantreiben. Das bedeutet mehr multilaterale Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Regionalisierung der Wirtschaft.

5. Soziale Gerechtigkeit und Verteilungsfragen adressieren

Der Fokus des Krisenmanagements muss sich vorrangig auf Maßnahmen richten, die den am wenigsten Privilegierten zugutekommen. Sie sind diejenigen, die vorrangig und direkt von öffentlichen Geldern profitieren sollten. **In der sozial-ökologischen Transforma-**

mation, die über Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft angestoßen werden soll, müssen Verteilungs- und Eigentumsfragen eine zentrale Rolle spielen. Denn trotz in den letzten Jahren gesunkener Arbeitslosigkeit und guter Tarifabschlüsse der Gewerkschaften sind die Einkommensunterschiede hierzulande so hoch wie nie seit der Wiedervereinigung. Und die vom realen Wirtschaftsleben abgekoppelte Finanzwirtschaft, von der nur sehr wenige Menschen profitieren, betreibt – wie vor dem Bankencrash 2009 – ihre hochspekulativen Geschäfte. Diejenigen, die in den vergangenen Jahren enorme Gewinne zum Teil auf Kosten von Arbeiter*innen und Natur erwirtschaftet haben, müssen ihren Beitrag zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft leisten. Sollte es zu Verstaatlichungen von großen Unternehmen kommen, muss deshalb sichergestellt werden, dass steuerfinanzierte Gelder nicht den Aktionär*innen und Führungsebenen dieser Unternehmen zugutekommen, sondern dazu beitragen, die Unternehmen und ihre Arbeitsplätze zukunftsfähig zu machen. Das bedeutet, dass **Staatshilfen in der Krise an starke Nachhaltigkeitsbedingungen geknüpft werden müssen.** In drei Bereichen sehen wir in Bezug auf Verteilungs- und Eigentumsfragen einen besonderen Handlungsbedarf:

- In der **Landwirtschaft** sind die Böden weltweit enorm ungleich verteilt. Aber es kommt nicht nur in vielen Ländern des Globalen Südens zu Landgrabbing. Auch in Deutschland besitzen große Investoren aus der Finanz- oder sogar der Pharmaindustrie große Flächen Ackerland. Durch den enormen Preisanstieg können sich viele bäuerliche Betriebe kein weiteres Land mehr leisten. Deshalb braucht es eine Stärkung von bäuerlichen Betrieben unter anderem in ihrem Zugang zu Boden. Als BUND sprechen wir uns für das Konzept der Ernährungssouveränität und einer stärkeren Demokratisierung der Lebensmittelproduktion weltweit aus.
- In der **Energiewirtschaft** waren die Anfänge der Energiewende geprägt durch eine kooperative Bewegung von unten. In Deutschland wurde jedoch

im Laufe der Zeit die Teilhabe immer mehr eingeschränkt, nicht zuletzt mit der Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes von einem sicheren Vergütungssystem auf Ausschreibungen. Diese Entwicklung muss unbedingt rückgängig gemacht werden und Energiedemokratie muss wieder ein zentrales Ziel der Energiewende werden. Für eine naturverträgliche, sozial gerechte und auf 100 Prozent erneuerbaren Energien basierende Energieversorgung, muss eine regionale und dezentrale Erzeugung vor Ort ermöglicht werden.

- In der **Wohnungswirtschaft** braucht es flächendeckend bezahlbaren und klimagerechten Wohnraum. Insbesondere in der Krise, in der viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihre nächste Miete bezahlen sollen, müssen diejenigen, die vor allem in den Städten jahrelang von übersteuerten Mieten als leistungslose Einkommen profitiert haben, ihren gerechten Beitrag zu einem sozial-ökologischen Umbau leisten. Wir müssen uns fragen, wie Spekulationen mit Wohnraum durch Finanzinvestoren und die daraus resultierenden hohen Mieten beendet werden können, da diese Gelder an anderer Stelle für eine ökologische Sanierung fehlen. Wohnen muss wieder als Teil der sozial-ökologischen Versorgungsinfrastruktur in einer Gemeinwirtschaft gesehen werden.

6. Neue Wohlstandsmodelle und -messung

Die Krise zeigt einmal mehr, dass unsere aktuellen Wohlstandsindikatoren die Verteilung des Wohlstands in der Gesellschaft nicht angemessen abbilden. Viele Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche, die in der Krise als systemrelevant erkannt werden, sind durch prekäre Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet. Ein Großteil der sogenannten Care-Arbeit ist unbezahlt und fließt gar nicht in das Bruttoinlandsprodukt ein. **Deshalb müssen wir neue Wohlstandsmodelle und eine neue Form der Wohlstandsmessung etablieren.** Insbesondere die unqualifizierte Orientierung am Wirtschaftswachstum als Wohlstandsindikator, ganz gleich ob diese zum Gemeinwohl beiträgt, gute Arbeit schafft

oder den Umwelt- und Klimaschutz unterläuft, ist nicht mehr zeitgemäß. Auch auf Ebene der Unternehmen müssen wir neue Rechtsformen sowie Förderprogramme etablieren, um Unternehmungen der Gemeinwirtschaft und der solidarischen Ökonomie besonders zu fördern. **Zusätzlich braucht es eine Aufwertung von Arbeit, insbesondere in systemrelevanten Bereichen, sowie eine Einkommenssicherung jenseits von Lohnarbeit**, damit alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können. Nur so kommen wir von einer Wirtschaft, von der nur wenige profitieren, zu einer Gemeinwirtschaft.

7. Internationale Solidarität

Deutschland hat aufgrund seiner guten wirtschaftlichen Situation die Möglichkeit, finanzielle Hilfen für die Wirtschaft und die Gesellschaft zur Verfügung zu stellen und das Gesundheitssystem auf die aktuellen Herausforderungen vorzubereiten. Deshalb braucht es jetzt Solidarität über Grenzen hinweg. Andere Länder mit niedrigerem Einkommen und geringeren staatlichen Ressourcen haben diese Möglichkeiten nicht. **Deutschland muss hier Know-How, vor allem im medizinischen Bereich, und Gelder für den Umgang mit der Krise zur Verfügung stellen.** Das gilt sowohl für die von der Krise stark betroffenen Länder Italien, Spanien und Frankreich, aber auch für andere Länder weltweit. Die Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft müssen gemeinsam auf Ebene der Europäischen Union getragen werden. Nur mit einer gemeinsamen ambitionierten Umsetzung geplanter Investitionen im Rahmen des Green Deals kommt die Europäische Union zukunftsfähig aus der Krise.

Wirtschafts- und finanzpolitische Forderungen in der Krise

Die Bundesregierung reagiert derzeit sehr schnell, um einer möglichen Rezession im Zuge der Corona-Krise entgegenzuwirken. Aus diesem Grund wurde ein Nachtragshaushalt von 156 Milliarden Euro verabschiedet. 50 Milliarden Euro sollen an kleine Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler*innen gehen. Außerdem wird ein Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) mit einem Volumen von bis zu 600 Milliarden Euro eingerichtet, der fast ausschließlich großen Unternehmen zugutekommen soll. Davon bestehen 400 Milliarden Euro aus Staatsgarantien für Verbindlichkeiten; zusätzlich werden 100 Milliarden Euro für mögliche Staatsbeteiligungen an Konzernen und 100 Milliarden Euro Rahmen der KfW-Sonderprogramme bereitgestellt. Sollte auf die Corona-Krise eine Rezession folgen, ist damit zu rechnen, dass die Bundesregierung weitere Konjunkturprogramme auflegen wird. Finanzminister Scholz hat bereits angekündigt, nach der Krise ein Maßnahmenprogramm vorzulegen.

Konjunkturprogramme, aber richtig

Es ist richtig und wichtig, dass Bundes- und Landesregierungen in dieser Situation Programme zur Rettung von Existenzen und zur Wirtschaftsförderung auf den Weg bringen. Insbesondere wenn diese Wirtschaftsstabilisierungsprogramme großen Unternehmen zugutekommen, gehen sie mit einer großen Verantwortung sowohl für die Beschäftigten, als auch für Umwelt und Klima einher. Hier die richtige Balance zu finden, ist eine der Herausforderungen, der sich die Politik jetzt stellen muss.

Aus Sicht des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist klar: Die Wirtschaftsstabilisierungs- und Konjunkturprogramme können dazu dienen, gute Arbeit zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie sind darüber hinaus eine Chance, den ohnehin notwendigen Umbau zu einer umweltverträglichen und sozial gerechten Wirtschaft voranzutreiben. Anders als im Jahr 2008 sehen wir heute deutlich, welche Berufe für unser Zusammenleben wirklich systemrelevant sind. Auch Klima- und Artenschutz sind Grundvoraussetzungen unseres

Zusammenlebens. Investitionen im Rahmen von Konjunkturprogrammen müssen daher sowohl in die soziale, als auch in eine ökologische Versorgungsinfrastruktur fließen und so die Daseinsvorsorge für unsere Gesellschaft sichern. Deshalb braucht es nicht nur Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur mit verringerten Umweltbelastungen und minimalem Ressourcenverbrauch sowie Förderprogramme für Energieeinsparungen und Energieeffizienz, sondern auch Investitionen in Gesundheit und Bildung und in die sozialen Sicherungssysteme.

Die Konjunkturprogramme sollten Maßnahmen unterstützen, die Arbeitsplätze erhalten oder schaffen und einen positiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten. Dies gilt umso mehr für Maßnahmen des Naturschutzes, da die Wahrscheinlichkeit einer Pandemie mit zunehmender Vernichtung von Ökosystemen und Biodiversität steigt. Wenn die Gemeinschaft einspringen muss, um private Unternehmen zu retten, dürfen die Gewinne im Anschluss nicht einfach wieder privatisiert werden. Wenn der Staat Verantwortung für Unternehmen übernimmt, sollten Unternehmen mehr in die Verantwortung für die Gesellschaft genommen werden. Stabilisierungshilfen, die auf bestimmte Branchen und Unternehmen ausgerichtet sind, müssen vor allem den Arbeitnehmer*innen zugutekommen und nicht den Aktionär*innen oder Führungskräften von Unternehmen. So muss unterbunden werden, dass Konzerne mit dem Kurzarbeiter*innengeld steuerfinanzierte Staatshilfen in Anspruch nehmen, aber gleichzeitig an der Ausschüttung von Milliarden Dividenden an ihre Aktionär*innen festhalten. Niemals sollten Stabilisierungs- und Konjunkturlösungen an Unternehmen gehen, die sich nicht zur Bewältigung der Klimakrise verpflichten und damit als nicht zukunftsfähig erweisen. Wenn sich der Staat an Unternehmen beteiligt, sollten diese verpflichtet werden, ihr Geschäftsmodell kompatibel mit dem 1,5-Grad-Ziel zu gestalten. Kurzfristige Zahlungen an Unternehmen, deren Produkte oder Produktionsweisen umwelt- oder klimaschädlich sind wie

beispielsweise im Fall der Lufthansa müssen an mittelfristige Veränderungen in den Konzernen gebunden werden. So ließe sich beispielsweise eine Staatsbeteiligung bei der Lufthansa nutzen, um stärker mit der Deutschen Bahn zu kooperieren und Synergieeffekte zu erzielen. Innerdeutsche Flüge könnten dann mittelfristig komplett auf die Schiene verlegt werden. Im Rahmen von möglichen (Teil-)Verstaatlichungen könnte aber auch die Begrenzung von Manager*innengehältern und Boni-Zahlungen umgesetzt werden. Der Ausbau regionaler Kreisläufe in der Landwirtschaft muss befördert werden, denn regionale Verarbeitungsstrukturen sind weniger krisenanfällig. Dieser Aufbau regionaler Wertschöpfung muss mit dem Aufbau landwirtschaftlicher Systeme einhergehen, die klimafreundlicher sind, mit der Natur wirtschaften und beispielsweise den Verbrauch von Pestiziden reduzieren.

Fehler bei den Konjunkturprogrammen, wie sie im Zuge der Wirtschaftskrise 2008 begangen wurden, dürfen sich nicht wiederholen. Als Beispiel sei hier die so genannte „Abwrackprämie“ genannt, bei der Autos ohne Vorgaben zu CO₂-Emissionen oder Schadstoffausstoß pauschal gefördert wurden. Dies war ein sowohl ökologisch als auch ökonomisch nicht durchdachtes Konzept. Konjunkturprogramme oder Steuererleichterungen müssen sich zukünftig immer auch an den ökologischen Notwendigkeiten, beispielsweise beim Klimaschutz und beim Schutz der biologischen Vielfalt, ausrichten.

Auf keinen Fall darf die aktuelle Situation dazu führen, dass bestehende und kommende klima- oder umweltpolitische Regelungen ausgesetzt oder verschoben werden. Eine Verschiebung der Einführung eines CO₂-Preises ist dabei ebenso inakzeptabel wie beispielsweise die Verschiebung der im Green Deal angekündigten Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Pkw auf europäischer Ebene. Auch muss die Agrarindustrie daran gehindert werden, die Krise für eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft zu nutzen.

Ein resilientes und zukunftsfähiges Wirtschaftssystem

Die Corona-Krise trifft die am wenigsten Privilegierten unserer Gesellschaft derzeit am härtesten. Deshalb müssen alle Maßnahmen zunächst denen zugutekommen, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Jetzt gilt es dafür zu sorgen, dass alle Menschen über ein Einkommen verfügen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt sichern können. Zusätzlich sollten diejenigen Tätigkeitsbereiche, die sich im Moment als systemrelevant erweisen, wie beispielsweise der Gesundheits- und Pflegebereich, die Lebensmittelversorgung und Logistik sowie die Landwirtschaft in der in Zukunft aufgewertet werden, indem Löhne erhöht und Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Die Corona-Krise zeigt außerdem die Krisenanfälligkeit unseres Wirtschafts- und Finanzsystems. Die geplanten und kommenden Konjunkturprogramme müssen dazu beitragen, Arbeitsplätze zu sichern und neu aufzubauen sowie ein resilienteres und zukunftsfähigeres Wirtschafts- und Finanzsystem zu schaffen. Die geplanten und kommenden Konjunkturprogramme bieten dazu eine Chance. Dazu braucht es jetzt eine enge Abstimmung der Ressorts und eine kohärente Politik. Diese muss sowohl Maßnahmen des Krisenmanagements als auch gezielte Investitionen in eine zukunftsfähige, dekarbonisierte Wirtschaft umfassen. Dabei ist dringend darauf zu achten, dass durch die getroffenen Maßnahmen keine Backfire- oder Lock-In Effekte auftreten. Die Corona-Krise darf nicht dazu führen, dass sich Klimakrise und die Biodiversitätskrise weiter zuspitzen. Außerdem dürfen keine Infrastruktur- und anderen Projekte finanziert und angeschoben werden, die Deutschland für Jahrzehnte an dreckige Energieträger binden oder einen hohen CO₂-Ausstoß haben.

Wir brauchen jetzt ein grünes Investitionsprogramm, das eine Wende des Wirtschafts- und Finanzsystems einleitet. Konkret müssen die Energie-, Mobilitäts- und Wärmewende beschleunigt werden. Hier gibt es

ein enormes Potenzial für neue Arbeitsplätze. Dieses Investitionsprogramm muss mit den Pariser Klimazielen in Einklang stehen. Zusätzlich müssen auch die Agrar-, Ressourcen- und Forschungswende vorangetrieben werden. Das Ziel dieser Maßnahmen muss eine resilientere sozial-ökologische Versorgungsinfrastruktur sowie die Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen sein, die in den ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaftet.

Grünes Investitionsprogramm für eine zukunftsfähige Wirtschaft

Klimaschutz und Energie- und Verkehrswende

- Gerade in der Krise muss der naturverträgliche Ausbau Erneuerbarer Energien vorangebracht werden. Denn **krisensichere und zukunftsfähige Energiesysteme** gehören zur sozial-ökologischen Versorgungsinfrastruktur und sind damit ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu müssen jetzt Entscheidungen, die wie die Aufhebung des Solardeckels viel zu lange verschleppt wurden, schnellstmöglich von der Politik getroffen werden. Dazu zählt auch die Streichung der immer noch hitzig diskutierten Mindestabstandsregeln von Windkraftanlagen zu Wohnbebauungen.
- Es muss wieder mehr Teilhabe an der Energiewende geben: Die Energiewende ist seit jeher eine Bewegung von unten, bis heute werden ein Großteil der Anlagen (circa 80 Prozent) kooperativ von Genossenschaften, Stadtwerken oder Eigentümergemeinschaften betrieben. Hinter einem Großteil der Windräder stehen Tausende von Eigentümer*innen – und nicht die Großkonzerne. Im Laufe der Zeit wurde jedoch Ihre Teilhabe immer mehr eingeschränkt, nicht zuletzt mit der Änderung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes von einem sicheren Vergütungssystem auf Ausschreibungen. Diese Entwicklung muss unbedingt rückgängig gemacht werden, denn die Ausnahmen für kleine Akteure reichen nicht aus, um eine Teilhabe zu garantieren. Für eine naturverträgliche, sozial gerechte und auf 100 Prozent erneuerbare Energien basierende Energieversorgung, muss eine regionale und dezentrale Erzeugung vor Ort ermöglicht werden. Dazu geeignete Rahmenbedingungen für die eigene Erzeugung und lastnahe Verbreitung von Strom sind ein Schlüssel für eine Energiewende von unten.
- Durch Investitionen in dezentrale erneuerbare Strukturen kann in der Krise die regionale Wertschöpfung angekurbelt werden und Projektierer*innen, Stadtwerke, das Handwerk sowie Bürger*innen und die Kommunen profitieren. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien können so Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen werden und die Konjunktur kann nach der Krise ganz ohne große Konjunkturpakete in einem ökologisch sinnvollen Bereich wieder angekurbelt werden.
- Je mehr Menschen an der Energiewende teilhaben können, umso höher wird die Akzeptanz für dieses so wichtige Projekt. Wir brauchen deshalb eine echte Energiedemokratie und viel mehr Ideen und echte Teilhabe wie z.B. Mieter*innenstromprojekte, Energy Sharing, etc. wieder zu ermöglichen. Dazu müssen jetzt die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden.
- Kontraproduktive und unausgeorene Lösungen, wie etwa ein Aussetzen der EEG-Umlage, dürfen nicht von dieser zentralen Diskussion ablenken. Andernfalls würde der ohnehin schon viel zu schwache Ausbau Erneuerbarer Energien noch weiter gebremst.
- Zur sozial-ökologischen Versorgungsinfrastruktur gehört auch **bezahlbarer und klimagerechter Wohnraum**. Insbesondere in der Krise, in der viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihre nächste Miete bezahlen sollen, müssen diejenigen, die vor allem in den Städten jahrelang von übersteuerten Mieten als leistungslose Einkommen profitiert haben, ihren gerechten Beitrag zu einem sozial-ökologischen Umbau leisten.
- Klimafreundliche Investitionen im Gebäudesektor sind jetzt dringender nötig als je zuvor, da sie neue Arbeitsplätze schaffen und unsere Gebäude zukunftsfähig machen. Um den Energieverbrauch schnellstmöglich mit 100 Prozent Erneuerbaren decken zu können, braucht es einen mindestens um die Hälfte reduzierten Energieverbrauch derzeitiger Anwendungen. Ein Großteil des Energieverbrauchs in Deutschland entfällt auf Gebäude. Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz und einer Umstellung auf eine erneuerbare Energieversorgung, allen voran der Stopp fossiler Heizungsan-

gen, sind daher von enormer Bedeutung. Die Investitionen in Sanierungen und den Austausch von fossilen Heizungsanlagen müssten so ausgestaltet werden, dass Klimaschutz und Sozialverträglichkeit vereinbar sind.

- Gerade im vermieteten Bestand bedarf es einer gerechten Kostenverteilung zwischen Mieter*innen, Vermieter*innen und der öffentlichen Hand. Dazu ist ein Dreiklang der bestehenden Instrumente nötig: Die staatliche Förderung muss im Rahmen eines grünen Investitionsprogramms ausgeweitet und so ausgestaltet werden, dass sie auch wirklich dazu beiträgt, das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestandes und die Chancen für eine Begrünung des Gebäudebestands zu realisieren. Dazu gehört unter anderem, dass effizientere Standards stärker gefördert werden und die Förderung fossiler Heizungsanlagen endet. Für Vermieter*innen müssen Anreize geschaffen werden, um klimagerecht zu modernisieren und Förderung dabei in Anspruch zu nehmen. Denn nur so sinken die Kosten, die auf Mieter*innen umgelegt werden. Die Einsparungen durch tiefe Sanierung sind zudem so hoch, dass Mieter*innen kaum belastet werden würden. In Ausnahmen bedarf es einer sozialen Härtefallregelung, die staatlich getragen werden muss und die Mieter*innen davor schützt, nach einer energetischen Gebäudesanierung die Miete nicht mehr zahlen zu können. Sollte es zu einer Warmmietenerhöhung kommen, was in der aktuellen Situation für einige Mieter*innen existenzbedrohend sein kann, muss eine Regelung gefunden werden, damit der Staat für die Mehrkosten aufkommt bzw. die Vermieter*innen einen höheren Anteil tragen. So können das Recht auf Wohnen und klimagerechte Sanierung gemeinsam realisiert werden.
- Fördermaßnahmen in diesem Bereich sind im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm angesiedelt. Dessen jährliches Budget beträgt rund zwei Milliarden Euro. Darin sind sowohl die Mittel für energieeffiziente Sanierungen enthalten als auch für energieeffizien-

te Neubauten. Das Instrument setzt einen sehr hohen Anreiz für Vermieter*innen, die Förderung in Anspruch zu nehmen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass das Budget der Sanierungsförderung einen höheren Einfluss auf die Gesamt-Sanierungsrate bekommt. Mit dem gegenwärtigen Budget könnte eine Sanierungsrate im vermieteten Bestand von 0,6 Prozent direkt angereizt werden. Um ausreichende Maßnahmen für eine Sanierungsrate von mindestens zwei Prozent in vermieteten Gebäuden zu erwirken, müsste das Förderbudget auf rund sieben Milliarden Euro pro Jahr angehoben werden.

- Perspektivisch müssen wir uns fragen, wie Spekulationen durch Finanzinvestoren und der daraus resultierende Mietenwahnsinn beendet werden können, da diese Gelder an anderer Stelle für eine ökologische Sanierung fehlen. Wohnen muss wieder als Teil der sozial-ökologischen Versorgungsinfrastruktur in einer Gemeinwirtschaft gesehen werden.
- Bei der Mobilität wird die Energiewende noch immer unzureichend umgesetzt. Dazu sind öffentliche Investitionen für eine **klimaschonende und nachhaltige Mobilität** nötig. Primäre Schienenwege müssen ausgebaut und elektrifiziert und vormals geschlossene Strecken reaktiviert werden. Zudem muss in die Beschaffung neuer, zusätzlicher Schienenfahrzeuge zur Beförderung von Personen und Waren investiert werden. Allein für den Öffentlichen Nahverkehr sieht der BUND ein Finanzierungsbedarf von zwei bis drei Milliarden Euro pro Jahr in den nächsten zehn Jahren, also insgesamt 25 bis 30 Milliarden Euro. Nötig sind zudem ausreichende Mittel für die Erhaltung der aktuell bestehenden ÖPNV-Infrastruktur.
- Im Bereich der individuellen Mobilität müssen Alternativen zum eigenen Auto massiv gefördert werden, darunter in erste Linie der Radverkehr, aber auch geteilte Angebote aller Art. Die zu erwartende Zunahme an Radverkehr in der aktuellen Krise braucht eine angepasste Infrastruktur.

- Die Automobilindustrie hat in der Vergangenheit hohe Profite erwirtschaftet, ohne ihren angemessenen Beitrag zur Erreichung des Pariser Klimaziele zu leisten. Einige Unternehmen haben sogar im Zuge des Abgasskandals durch illegale Manipulationen die Öffentlichkeit getäuscht und die Gesundheit der Menschen geschädigt. In der Automobilbranche gibt es gleichzeitig sehr viele gut bezahlte Arbeitsplätze. Mit Blick auf die Klimakrise sind diese Arbeitsplätze jedoch nicht zukunftsfähig, wenn weiterhin an der Produktion schwerer, großer und leistungsstarker Autos festgehalten wird und Forderungen, wie die nach Technologieoffenheit an erster Stelle stehen. Deshalb muss jede Form von Konjunkturlösungen in diesem Bereich an strenge Nachhaltigkeitskriterien gebunden werden, die Arbeitsplätze in den Automobilunternehmen zukunftsfähig zu gestalten, beispielsweise durch die Produktion von elektronischen Lieferfahrzeugen, oder Bussen und Schienenfahrzeugen für den Öffentlichen Nahverkehr in Stadt und Land.
- Auch die Luftfahrtindustrie hat in den vergangenen Jahrzehnten enorme Gewinne erwirtschaftet und in diesem Zeitraum keinen angemessenen Beitrag zu den Pariser Klimazielen geleistet. Das hat zu einem sprunghaften Anstieg der Emissionen geführt. Außerdem wusste die Luftfahrtlobby, Steuern auf internationale Tickets und Kerosin zu verhindern. Die enormen Klimaauswirkungen des Luftverkehrs werden noch dazu von nur wenigen Vielfliegern verursacht. Denn die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen 75 Prozent der Energie des Luftverkehrs. In der aktuellen Situation der Krise muss es deshalb zwar vorrangig darum gehen, Arbeitsplätze zu sichern. Alle staatlichen Beteiligungen müssen jedoch an starke Nachhaltigkeitskriterien wie Klimaneutralität im Einklang mit dem 1,5-Grad-Ziel geknüpft werden. Perspektivisch müssen die Nachfrage nach Flugreisen reduziert und CO₂-ärmere Alternativen wie der Schienenverkehr gestärkt werden.
- Die Bereitstellung von Mobilitätslösungen für die Bevölkerung ist ebenso Teil der sozial-ökologischen Infrastruktur wie der Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem, die Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln sowie bezahlbare Energie und erschwinglicher Wohnraum. Es müssen sich alle Menschen leisten können, zum Arbeitsplatz zu gelangen, ihre Familienangehörigen zu besuchen und Freundschaften zu pflegen, weshalb es einen gerechten Zugang zu Mobilität für alle braucht. Dafür bedarf es Konzepten wie einem flächendeckenden 356 Euro-Ticket und zusätzlichen Lösungen, die eine Teilhabe an der Mobilität auch für die unteren Einkommensschichten ermöglicht.
- Der BUND fordert einen Investitionsstopp für neue Straßen. Die Straßeninfrastruktur in Deutschland ist ausreichend. Neuinvestitionen braucht es an anderer Stelle.

Artenschutz und Agrarwende

- Der Anbau bzw. die Produktion und Versorgung mit gesunden Lebensmitteln ist Teil der sozial-ökologischen Infrastruktur unserer Gesellschaft. Besonders in Krisenzeiten merken wir die Systemrelevanz der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland. Die aktuelle Situation erfordert deshalb größte Solidarität mit den betroffenen landwirtschaftlichen Betrieben und deren Mitarbeiter*innen. Notwendige Veränderungen in der Landwirtschaft, zu Gunsten der Biologischen Vielfalt, unserer Böden, des Grundwassers, des Klimas und letztlich auch zu Gunsten einer Produktionssicherheit für die Landwirt*innen können nicht mehr warten. Perspektivisch ist daher zwingend notwendig Konjunkturlösungen für die **Landwirtschaft** an ökologische und klimafreundliche Produktionsweisen und das Einhalten der bereits bestehenden gesetzlichen Bedingungen u.a. bei Randstreifen, Erosionsschutz und einer klar definierten guten fachlichen Praxis geknüpft werden.

- Der Umbau der Nutztierhaltung muss gemäß den Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung¹ zügig angegangen werden. Dazu ist eine mengenbezogene Tierwohl-Abgabe einzuführen und den tierhaltenden Betrieben sowohl eine laufende Tierwohl-Prämie als auch eine finanzielle Unterstützung für Investitionen in Stallneu- und -umbauten zu geben. Bis 2025 wird dafür ein jährlicher Förderbedarf von circa 1,2 Milliarden Euro angenommen. Die Investitionsförderung könnte die ersten Jahre auch im Rahmen des Konjunkturprogramms ausgezahlt werden, wenn man sich grundsätzlich auf einen Zeit- und Finanzplan zum Umbau der Nutztierhaltung auch nach Auslaufen des Konjunkturprogramms einigt. Die Förderungen in den Umbau müssen das Ziel haben, Dumpingexporte perspektivisch zu beenden und die Produktion von Fleisch und Milch an den Inlandsbedarf anzupassen.
- Um die Krisensicherheit der Landwirtschaft und eine wirtschaftliche und kulturelle Stärkung ländlicher Räume zu sichern, sollte es im Rahmen eines grünen Investitionsprogramms für Deutschland Investitionen hin zu regionalen und lokalen Wirtschaftskreisläufen geben. Regionale Verarbeitung (z.B. Schlachtung) muss gefördert und die regionale Vermarktung muss ausgebaut werden.
- In Deutschland sind die Böden enorm ungleich verteilt. So besitzen große Investoren aus der Finanz- oder sogar der Pharmaindustrie große Flächen Ackerland im Osten Deutschlands. Durch den enormen Preisanstieg können sich viele bäuerliche Betriebe kein weiteres Land mehr leisten. Perspektivisch muss überlegt werden, wie die Maßnahmen zum Umbau der Landwirtschaft hier einen Beitrag leisten können, der zu mehr Gerechtigkeit führt.
- Um zu einer resilienten Landwirtschaft zu kommen, müssen wir die industrielle Landwirtschaft überwinden. Das bedeutet auch, sollte es zu Staatsbeteiligungen an Unternehmen der Chemieindustrie

kommen, dass diese an Nachhaltigkeitskriterien gebunden werden müssen und die Produktion von Düngemitteln und Pestiziden bei bestmöglichem Erhalt der Arbeitsplätze perspektivisch reduzieren müssen, damit ein zukunftsfähiger Wirtschaftsbereich entsteht. Wir müssen uns am Konzept der Ernährungssouveränität orientieren und die Agrarökologie voranbringen.

- **Schutzgebiete und Biotopvernetzung** in der Agrarlandschaft spielen eine besondere ökonomische Rolle. Wie Analysen zeigen, kommt die Förderung von Naturschutzprojekten vor allem der lokalen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, regionalen Bauunternehmen und der Gastronomie zu gute. Insbesondere in tendenziell strukturschwachen Regionen bietet Naturschutz damit kleinen und mittelständischen Unternehmen eine Chance neue Arbeitsfelder zu erschließen und zukunftsfähige Geschäftsfelder zu sichern. Das Bundesprogramm biologische Vielfalt ist deswegen zu entbürokratisieren und auf 100 Millionen Euro jährlich aufzustocken, auch die Finanzierung von Naturschutzgroßprojekten muss gestärkt werden.
- Biosphärengebiete als Reallabore der sozial-ökologischen Transformation in ländlichen Räumen müssen mit einem Konjunkturprogramm in die Lage versetzt werden, ihre Arbeit auch in der Krise aufrecht zu erhalten und gezielt nachhaltige Wirtschaftsweisen für die Zeit nach der Krise stärken. Aufgrund der großen Flächenanteile sind Naturparks weiterzuentwickeln und ihre Möglichkeiten zur vorbildlichen ökologischen Bewirtschaftung zu stärken. Dazu sind auch die Managementvorgaben für die Gebiete so auszugestalten, dass sie die Mittelverwendung verbindlich lenken. So können regionale Wirtschaftskreisläufe gezielt entwickelt und erhalten werden, die einerseits Arbeitsplätze vor Ort schaffen und weiterentwickeln und gleichzeitig Chancen für den Export von Know-How und Beratungsleistung bieten um auch Regionen jenseits der Schutzgebietsgrenzen neue wirtschaftliche

¹ https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Tier/TierzuchtTierhaltung/empfehlungen-kompetenznetzwerk-nutztierhaltung.pdf?__blob=publicationFile

Alternativen zur Weltmarktorientierung zu geben. Neben der Landwirtschaft betrifft dies sowohl den Tourismus und Handwerk als auch Regionalmarken des Non-Food-Bereichs.

- Unser Ökosystem braucht zur Erfüllung von Ökosystemleistungen wie Bestäubung durch Insekten neben geschützten Kernflächen vor allem Vernetzung. In Deutschland zerschneiden über 230.000 Kilometer Fernstraßen lebensnotwendige Wanderkorridore. Der kleinräumige Biotopverbund in Form von Hecken und Randstreifen verschwindet unter dem Pflug. Eine Wiederauflage sowie deutliche Aufstockung des Bundesprogramms Wiedervernetzung sowie eine fachliche und finanzielle Unterstützung des Bunds von Kommunen beim Wiederfinden und Schutz ihrer Saumbiotope (mehr als 1,5 Prozent der Landesfläche) sind daher essentiell für den Schutz der biologischen Vielfalt in Deutschland. Ein rechtsverbindlicher Bundesnetzplan Biotopverbund mit flächenscharfen Planungen ist hierfür ein geeignetes Instrument. Das Investitionsvolumen soll für 20 Jahre der Umsetzung 2,5 Milliarden Euro jährlich betragen. Dies entspricht etwa dem jährlichen Unterhaltsbedarf der bestehenden Bundesstraßen.
- Ebenso könnten über ein nationales Auenprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro mit etwa 80.000 Hektar Überschwemmungsflächen zurückgewonnen werden können. Eine weitere Maßnahme wäre ein Grünbrücken- und Wildkorridor-Programm. Mit einem Investitionsprogramm von einer Milliarde Euro lassen sich über 300 Grünbrücken und Tunnel errichten. Damit ist der als vordringlich ermittelte Bedarf zu decken.

Beide Maßnahmen schaffen nicht nur einen Mehrwert an Bestäuberleistung in den Regionen zur Unterstützung der Landwirtschaft und sichern die Anpassungsfähigkeit der Landschaft in der Klimakrise, sondern fördern auch unmittelbar klassische Bauindustrie, Rohstoffverarbeitung und Landschaftsbau. Diese erhalten hier eine dauerhafte Aufgabe beim Errichten und Erhalten der Bauwerke.

Auch der durch extensive Nutzung geprägte Biotopverbund bietet die Chance für die Produktion hochpreisige Lebensmittel durch Beweidung und der Entwicklung von extensiven Agroforstsystemen.

- Trinkwasserversorgung bedeutet **Gewässerschutz**. Daher muss Deutschland seine Verpflichtungen aus der Wasserrahmenrichtlinie erfüllen und umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität, zur Renaturierung und zum Schutz vor weiteren Verunreinigung ergreifen. Auf Bundes- und Landesebene müssen die dafür notwendigen Mittel und Personal bereitgestellt werden.

Ressourcenschutz und Forschungswende

- Ein grünes Investitionsprogramm für Deutschland bietet die Chance, staatliche Investitionen für die Ressourcenwende zu nutzen, um den Ressourcenverbrauch absolut zu senken und Ressourcen gerecht zu verteilen. Durch eine konsequente Unterstützung und einen Ausbau von zirkulären Wirtschaftsmodellen können Stoffkreisläufe schrittweise geschlossen werden. Intelligentes Produktdesign ist dafür ebenso notwendig wie Investitionen in eine Reparaturinfrastruktur, die von rechtlichen Maßnahmen (zum Beispiel ein Recht auf Reparatur) begleitet wird. Hier besteht die Chance, beispielsweise im Bereich des Recyclings und von Reparaturbetrieben einen beschäftigungsreichen, resilienten und zukunftsfähigen Wirtschaftszweig aufzubauen, der aktiv zur Ressourcenschonung beiträgt.
- Darüber hinaus bieten die Investitionen die Chance die Weichen zu stellen für eine generelle Umgestaltung unserer Konsum- und Produktionsmuster. Der Fokus muss dabei (wie im Kreislaufwirtschaftsgesetz vorgeschrieben) auf der Abfallvermeidung liegen. Dazu sollte beispielsweise in öffentliche Mehrwegsysteme (z.B. genormte Mitnahmebehältnisse), in die Abfallberatung, in organisierte Kaskadennutzung und in Wirtschaftsmodelle, die eine Nutzenstatt-Besitzen-Philosophie fördern, investiert wer-

den. Auch diese Bereiche haben den Vorteil, dass sie neue Arbeitsplätze schaffen und zum Aufbau von resilienten und regionalen Strukturen beitragen.

- Es muss ein umfassendes Forschungsprogramm für die notwendigen gesellschaftlichen Transformationsprozesse geben. Vor dem Hintergrund des zu erwartenden Konjunkturerinbruchs wird dringend ein großes Forschungsprogramm benötigt, das unter dem Aspekt der Vorsorge Rahmenbedingungen eines wachstumsunabhängigen Wirtschaftens auch mit Blick auf die Sozialsysteme erforscht. Dazu brauchen wir eine Forschungspolitik, die soziale Innovationen in den Blick nimmt und neue umweltverträgliche Zukunftstechnologien fördert. Die Forschungsausgaben müssen ressortübergreifend und zielgerichtet koordiniert und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Jetzt ist die Zeit für ein Ausbildungsprogramm, das die nach der Krise dringend benötigten Fachkräfte in Zukunftsbranchen ausbildet. Eine Beteiligung von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Umweltverbänden an der Ausrichtung dieses Forschungsprogramms ist für dessen sozial-ökologische Ausgestaltung unabdingbar.
- Fünf Milliarden Euro müssen in eine zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft investiert werden. Die gesamte Forschungsförderung sollte sich ressortübergreifend an dem Rahmenprogramm FONA ausrichten. Zusätzlich sollten lokale Experimentierräume für ein wachstumsunabhängiges Wirtschaften geschaffen werden.

Naturschutz als Gesundheitsvorsorge

- Die Krise offenbart den besonderen Wert von Naturräumen und Naturerlebnisräumen als Teil der Gesundheitsvorsorge: ein zukünftiges Konjunkturprogramm muss dafür Sorge tragen, dass Naturräume insbesondere in den Städten erhalten, vernetzt und für den Menschen ihre Funktion als Erholungsraum, Naturerlebnis und zur Prävention von psychischen Belastungen, zur Versorgung mit Frisch- und Kaltluft sowie Lernort erhalten und gefördert werden.

- Die Städtebauförderung muss ökologisiert werden, um für eine nachhaltige und umweltgerechte Stadtentwicklung zu sorgen. Die Programme des Bundes und der Länder können zu einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch ausgewogenen Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungspolitik beitragen. Vor allem die gesundheitsfördernden Wirkungen – sowohl physische als auch psychische – einer integrierten städtebaulichen Entwicklung mit gesamtstädtischen Grünplanungen sind von großem Wert für die Bewohner*innen. Mit dem Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ gab es in der vergangenen Legislaturperiode ein wichtiges Instrument für die Entwicklung von Grün- und Freifläche. Durch die Verschlankung der Programme ab 2020 will das BMI es Städten und Kommunen zwar erleichtern, Vorhaben umzusetzen. Das hat dazu geführt, dass es nun drei (statt bislang sechs) Förderprogramme gibt mit insgesamt 790 Millionen Euro. Dabei werden Klimaanpassung und vor allem das gesundheitsfördernde Stadtgrün aber nur noch als Querschnittsthemen behandelt. Das stellt keinen adäquaten Ersatz für das ausgelaufene Programm „Zukunft Stadtgrün“ dar.

- Es bedarf vielmehr eines neuen, komplementären und spezifischen Förderprogramms für blaue und grüne Infrastruktur, die nicht nur in den Metropolen, sondern bestenfalls politisch, strukturell und fachlich über die Stadtgrenzen hinaus entwickelt werden. Ein solches Programm müsste mit mindestens 100 Millionen Euro jährlich gefördert werden. Zudem sollten Kommunen dauerhaft mit zusätzlichen Finanz- und vor allem Personalressourcen für die chronisch unterfinanzierten Naturschutzbehörden ausgestattet werden.

- Darüber hinaus ist die natürliche Vielfalt an Arten und Lebensräumen ist Grundlage für wichtige medizinische Anwendungen, dies gilt es auch in Deutschland zu stärken und weiter zu entwickeln. Global rettet Medizin aus der Natur schon heute bereits millionenfach Leben.

Impressum

Herausgeber:

*Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND),
Kaiserin-Augusta-Allee 5
10553 Berlin*

Telefon: 0 30/2 75 86-40
Telefax: 0 30/2 75 86-440
www.bund.net

**Ansprechpartner*in Fachebene
(koordinierend):**

*Lia Polotzek, BUND-Referentin für
Wirtschaft und Finanzen
E-Mail: Lia.Polotzek@bund.net*

*Patrick Rohde, BUND-Referent für
politische Planung
E-Mail: Patrick.Rohde@bund.net*

V.i.S.d.P.: Antje von Brock